

INFORMATION- UND NACHRICHTEN BÜRO HA5040

Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöffland/AG

Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker

(erscheint in der Regel wöchentlich) Ausgabe 19. März 2026

tis.hagmann@bluewin.ch



Wochenbericht KW 12 /2026



D. Der Spitzenlügner Merz bricht erneut ein Wahlversprechen. Grossmaulig hat er vor der Wahl Steuersenkungen angekündigt. Nun ist genau das Gegenteil der Fall. Die «Finanzpolitiker» der CDU «signalisieren» (auch so ein verlogenes Modewort) in einer «umfassenden Steuerreform» den **Spitzensteuersatz deutlich anzuheben**. Kriegskanzler Merz gibt die Marschrichtung vor: eine Erhöhung von 42 auf 49 Prozent ist vorgesehen. Gleichzeitig erwägt der Kriegstreiber eine Anhebung der Mehrwertsteuer bei gleichzeitigem Abbau bisheriger Steuervergünstigungen. Doch, es geht vorwärts, und wenn es zurückgeht, es geht vorwärts. Schliesslich muss die Kriegskasse weiter gefüllt werden.

STIFTUNG MILITÄR- &
KUNSTSAMMLUNG LAIB
MEISTERSCHWANDEN
5616 Meisterschwanden | Kirchrain 10



Nächster öffentlicher Besuchstag: **Samstag**
28.03.2026 ab 1000 Uhr. Der Schlager:
Fischchnusperli mit Brot!

CH. Aktuell sind im Pharmaland Schweiz ca. 800 Medikamente von Lieferengpässen betroffen. Die Schwankungen sind enorm und bewegen sich zwischen 600 und 1000! Die Amtsprosa vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung lautet jedoch wie folgt: **«Die Versorgung der Schweiz mit Antibiotika und Impfstoffen(!) der Humanmedizin hat sich stabilisiert, und die schwere Mangellage ist behoben. Somit können die beiden Verordnungen für die Freigabe der Pflichtlager für Antibiotika sowie für Impfstoffe auf den 1. März 2026 ausser Kraft gesetzt werden. In anderen Bereichen der Arzneimittelversorgung halten die Versorgungsprobleme weiterhin an. Fertig. Aus. Man nimmt den Zustand als «gegeben» hin! Im Pharma-Oblast Impfstoffan.**

D. Die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat bekanntlich eine Plagiatsklage am Hals. Aber bei den Regierungsgenossen und Gouvernanten spielt das keine Rolle. Am 11. März 2026, sprach das umstrittene CDU-Blondie im **ukrainischen Parlament**. Ist ja klar, dass auch sie zu einer Schmuserunde andampfen musste. Dort verkündete sie, das **Kriegsparlament** stehe «exemplarisch für den demokratischen Widerstand» auf unserem Kontinent». Die üblichen Phrasen! **Gilt das auch für Deutschland?** Sie, die Parlaments-Lügnerin und ex-Weinkönigin, die meint, konstant die Redner der AfD massregeln zu müssen. Und per Zufall ist sie mit dem Nachtzug nach Kiew gereist, um dort ihre **Plagiate zu plagieren**. Per Zufall in dieser Zeit keine Raketen über Kiew! Diese angebliche Dienstreise zu den Banditen in der **Ukraine fand genau 2 Wochen nach der Beschlagnahme von (mit Sicherheit) dem Staat geklauten Millionen statt.** Dazu schweigt die arrogante High Heels-Patin! Die Russen haben die Reiserei der Kriegstreiber langsam satt. Wir warten auf den Tag, wo die Russen auf der Bahnstrecke von PL in die UA für Stimmung sorgen... dann ist endgültig Schluss mit den «tollen» Reisen! Schauen Sie sich einmal die den neusten Fuhrpark der Ukri-Regierung an! Von den Steuerzahlern der EU finanziert!

Julia Klöckner sagte vor dem UA-Parlament, dass sie alles dafür tun werde, dass Waffenlieferungen und deutsches Steuergeld weiterhin (sackweise) in die Ukraine strömen werden, trotz der immer weiter steigenden Kosten für die deutsche Bevölkerung. Damit gebärdet sie sich asozial und undemokratisch: wer ihr nicht passt, den belegt sie mit einem Hausverbot. Wie zum Beispiel Sabrina Kollmorgen. Die kritische Journalistin ist vom Bundestag verbannt. Der dt. Bürger ist ihr sowieso egal. **Das sind also die Darsteller der «Elite»!**

NATO. Wie war das mit dem «Überfall auf die Ukraine»? Wir zitieren hier aus dem Buch von Paul Craig Robert [QUELLE: RUSSIA DID NOT INVADE UKRAINE](#)

Als Washington 2014 die ukrainische Regierung stürzte (Maidan!) und eine Marionette einsetzte, verliess sich Washington auf die Banderiten, um die Regierung zu einer feindseligen Haltung gegenüber den russisch besiedelten Gebieten der Ukraine, wie der Krim, dem Donbass, und dem Donezk zu drängen, die ursprünglich zu Russland gehörten. Ob die Anhänger von Stepan Bandera, nun Neonazis sind oder nicht, sie sind auf jeden Fall russenfeindlich.

Der Konflikt in der Ukraine begann 2014 mit Strassenübergriffen auf **Russen im Donbass** und Versuchen der Regierung, den Gebrauch der russischen Sprache zu verbieten und andere Verbote für die russischen Gebiete zu erlassen. Diese Angriffe auf der Strasse weiteten sich bald zu Artillerieangriffen auf Städte im Donbass und zur Besetzung von Gebieten im Donbass durch ukrainische Milizen mit Nazi-Insignien aus. Um sich selbst zu schützen, bildete der Donbass zwei unabhängige Republiken – **Luhansk und Donezk** – und bildete Paramilitärs, um sich zu verteidigen.

2014 stimmten Donezk und Luhansk mit überwältigender Mehrheit dafür, wie die Krim wieder in Russland eingegliedert zu werden, doch Putin lehnte dies ab. Stattdessen verliess sich Putin auf das **Minsker Abkommen**, das die Ukraine und die unabhängigen Republiken unterzeichnet hatten und das **Deutschland und Frankreich durchsetzen sollten**. Das von Russland unterstützte Abkommen sah vor, dass der Donbass in der Ukraine verbleibt, aber eine gewisse Autonomie erhält, z. B. eine unabhängige Polizei und unabhängige Gerichte zum Schutz der Rechte der russischen Einwohner. Putin verliess sich naiverweise auf das Minsker Abkommen, von dem die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident später sagten, es sei dazu benutzt worden, Putin zu täuschen, während die USA eine große ukrainische Armee aufbauten und ausrüsteten.

Ende 2021 war diese Armee (UA) bereit, in den Donbass einzumarschieren, der zu einem grossen Teil bereits von der Ukraine besetzt war, und den Donbass ohne jegliche Autonomie gewaltsam wieder in die Ukraine einzugliedern. Angesichts des Missbrauchs und der möglichen Abschachtung des russischen Volkes versuchten Putin und sein Aussenminister Lawrow zwischen Dezember 2021 und Februar 2022, ein gegenseitiges Sicherheitsabkommen mit dem Westen zu erreichen, das die Ukraine von der NATO-Mitgliedschaft ausschliessen und durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zur gegenseitigen Sicherheit beitragen würde. **Das Biden-Regime, die NATO und die EU lehnten dies rundheraus ab. Der Konflikt folgte auf diese Ablehnung.**

Als Russland die Zeichen der Zeit erkannte und nicht mehr ausweichen konnte, erkannte es die Donbass-Republiken offiziell an. Dadurch konnten Donezk und Luhansk Russland um Hilfe bitten, was Putin in letzter Minute und acht Jahre zu spät tat. Da Russland in den Donbass eingeladen wurde, ist es nicht einmal in den Donbass einmarschiert, geschweige denn in die Ukraine.

Putin bezeichnete die russische Intervention als «spezielle Militäroperation», die sich auf die Räumung ukrainischer Truppen aus russischen Gebieten beschränkte. Sieben Monate nach der militärischen Intervention, am 30. September 2022, gliederte Russland die russischen Gebiete **Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson wieder in Russland ein**. Fragen Sie sich, wie und warum die Wahrheit durch eine Lüge ersetzt werden konnte? **Die Antwort ist, dass diejenigen, die vom Krieg profitieren, die Kriegspropaganda liefern.** Die Amerikaner wurden 75 Jahre lang indoktriniert, Russland als Feind zu betrachten. Der Glaube ist institutionalisiert. Warum ist es (nur) PCR, der für den gesunden Menschenverstand und die Wahrheit plädiert? [QUELLE: RUSSIA DID NOT INVADE UKRAINE](#)

CH. Es hat über einen Monat gedauert, bis das EDA in Brüssel eine Protestnote einreichte. Die sonst vorwitzige CH-Botschafterin hat sich vor allem in feiges Schweigen gehüllt. Die eingereichte Petition mit über 8 000 Unterschriften hat das EDA veranlasst, eine (farblose) Antwort zu verfassen. Das Antwortschreiben ist [hier](#) in voller Länge einsehbar: [Antwort EDA EU Sanktionen 28.01.2026](#)

Darin heisst es:

„Das EDA hat Kenntnis von der Sanktionierung des Schweizer Staatsangehörigen Jacques Baud durch die EU vom 15. Dezember 2025. Die Schweizer Botschafterin bei der EU in Brüssel hat am 9. Januar aufgrund der Sanktionierung von Jacques Baud bei der EU interveniert. Sie hat das Recht auf ein faires Verfahren verlangt und auf die Achtung der Meinungsäusserungsfreiheit hingewiesen. Bereits davor stand die Schweizer Mission bei der EU in Brüssel in Kontakt mit den zuständigen EU-Behörden.

Betreffend das Recht auf freie Meinungsäusserung hat der Bundesrat schon bei früherer Gelegenheit (Frage des Verbots der russischen Sender «Russia Today» und «Sputnik») festgehalten, dass es aus seiner Sicht zielführender ist, unwahren und schädlichen Meinungen mit Fakten zu begegnen, anstatt diese zu verbieten.

Es entspricht der gängigen Praxis, sanktionierten Personen nicht schon vor Erlass von Sanktionen rechtliches Gehör zu gewähren. Dies ist auch im Rahmen von UNO-Sanktionen so üblich. Das Recht auf ein faires Verfahren verlangt jedoch, dass betroffene Personen auf zumutbare Weise gegen ihre Sanktionierung Einspruch erheben und einen anwaltlichen Beistand finanzieren können, etwa mittels entsprechenden Zugriffs auf ihre gesparten Vermögen.“

Wir nehmen die Floskeln mit Zorn zur Kenntnis und stellen fest, dass im EDA und im Ratsbüro der EU Faulheit und Unwillen alltäglich ist.

CH. Waffenindustrie. Darüber haben wir wiederholt berichtet und nichts mehr gehört. Ein Schleier des Schweigens hat sich darüber gelegt. **Die Realität sieht so aus:**

- **Labor Spiez:** Offiziell eine „Sanierung“ für 172 Millionen Franken, in Wahrheit aber wohl eher der Neubau eines hochmodernen NATO-kompatiblen CBRN-Zentrums. Beachten Sie die abgeschirmte Baustelle an der Autobahn! **Es soll nicht nur Proben analysieren, sondern Beweise liefern, die geopolitisch genutzt werden können.**
- **Nitrochemie Wimmis (Rheinmetall):** Die Explosiv-Sparte direkt nebenan. Hier entstehen Sprengstoffe und Treibladungen, die im Zusammenspiel mit Spiez das komplette CBRNE-Spektrum (Chemisch, Biologisch, Radiologisch, Nuklear, Explosiv) abdecken. Damit ist klar: Wir reden nicht von Zufall, sondern von einem gezielt aufgebauten Sicherheits- und Rüstungs-Cluster: einer Industriegruppe, die wie Zahnräder ineinandergreift.
- **Ochsenboden:** Mutmassliche Zünderproduktion. Ohne Zünder keine Raketen, keine Hochleistungsantriebe, keine präzise Kriegsführung. Insiderberichte von Anwohnern legen nahe, dass hier weit mehr passiert als offiziell bekannt ist. Erinnern Sie sich an das angebliche «Erdbeben»?
- **Pilatus Aircraft:** Offiziell Hersteller ziviler Trainings- und Geschäftsflugzeuge. Doch immer wieder tauchen ihre Maschinen in Grauzonen auf. Etwa in Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo sie trotz Jemenkrieg für die Ausbildung von Militärpiloten eingesetzt wurden. Damit wird klar: Pilatus liefert Plattformen, die faktisch militärisch genutzt werden, auch wenn sie offiziell als «zivil» etikettiert sind.
- **WHO & PABS:** Die perfekte Tarnkappe. Unter dem Label „Pandemievorsorge“ soll ein globales System für den Austausch von Pathogenen entstehen. PABS: Darin geht es um einen Mechanismus für den Zugangs- und Vorteilsausgleich beim Austausch von Krankheitserregern (Pathogen Access and Benefit Sharing, **PABS**). Das Labor Spiez spielt hier die Rolle des neutralen Hubs, der angeblich nur dem Gesundheitsschutz dient. In Wahrheit aber sind diese Daten, Proben und Verfahren auch militärisch hochinteressant: klassisches „Dual Use“!

Zusammengenommen zeigt dieses Puzzle: Die Schweiz baut nicht zufällig hier ein Labor, dort ein Werk und da eine Flugzeugfabrik. Das ist ein abgestimmtes Sicherheits-Ökosystem, wie ein Baukasten, in dem Biologie, Chemie, Sprengstoff, Antriebstechnik und Luftplattformen nahtlos zusammenspielen. **Nach aussen heisst es ‚Sanierung‘, ‚Innovation‘ oder ‚Gesundheitsschutz‘.** In Wirklichkeit entsteht ein militärisch nutzbares Gesamtpaket, nur dass die Bevölkerung davon nichts erfährt, weil es hinter freundlichen Etiketten versteckt wird. Für die stillen Mitleser: alles öffentlich zugänglich...

CH. Das Wahrheitsministerium mit dem digitalen Kontrollakt wird sich den französischen Zensurbehörden anschliessen! So läuft das in Frankreich: **Die**

französische Justiz hat den in vielen EU-Ländern längst tobenden Krieg gegen die Onlineplattform X des Tech-Unternehmers Elon Musk ausgeweitet. Anfangs Februar durchsuchten Ermittler der Pariser Staatsanwaltschaft die französischen Büroräume des Unternehmens. Gleichzeitig wurden Musk sowie die frühere X-Geschäftsführerin Linda Yaccarino für den 20. April zu Anhörungen in Paris vorgeladen.

Nach Angaben der F-Staatsanwaltschaft steht die Durchsuchung im Zusammenhang mit einer seit Anfang 2025 laufenden Untersuchung. Ursprünglich ging es dabei um den Verdacht, dass Algorithmen der Plattform missbräuchlich eingesetzt und automatisierte Datenverarbeitungssysteme manipuliert worden sein könnten. Ausgelöst worden waren die Ermittlungen durch eine Beschwerde des französischen Macron-Gefährten Éric Bothorel, der über die Kritik an seiner Person, die auf der Plattform erschienen ist, verärgert war. Die Ermittlungen werden von der Cybercrime-Abteilung der Pariser Staatsanwaltschaft geführt, unterstützt von der französischen Polizei und der europäischen Polizeibehörde Europol. **Es liegt keine Anklage vor!** Die freie Meinungsäusserung steht unter massivem Druck. **Pure Willkür!** Demnächst auch bei uns im Thater! Nachtrag: in der EU werden alle sozialen Netzwerke strafrechtlich verfolgt, die den Menschen ein gewisses Mass an Freiheit gewähren.

Auch das gibt es. Kosten Fr. 2900.- für 2 Tage inkl. Unterkunft und Verpflegung. Aber mit Sicherheit etwas «feudaler» als wir damals. Sicher liegt noch ein «Käfel» drin und am Schluss gibt es ein Diplom. Der Lehrkörper besteht aus erfahrenen Experten. Was ist? **Die Armee führt «gemeinsam» mit der NZZ Academy ein «Crisis Leadership Training»** für Führungskräfte der Privatwirtschaft durch. Früher nannte man das «Führung im Kampf» - zwischendurch mit einigen «besinnlichen» Worten vom Klassenlehrer aus der Kategorie der «Hemdsärmligen» stammend. Soweit so trendig das halbseitige Inserat in der NZZ vom 14.3.2026. Aber jetzt die abschliessende Frage aus dem Bunker: **führt die Höhere Kaderausbildung der Armee diesen Kurs auch VBS intern durch...???!! Ist das jetzt eine Kernaufgabe der Armee?!**



Ex-General Süssli tingelt durch die Lande. Er hält praktisch immer und überall das gleiche Referat (zum Gähnen). Es trägt den Titel **«Unordnung in der Weltordnung»**. Noch im Dezember 2025 gab er den am Bundestropf hängenden Propaganda Blättern bekannt, dass er zuerst ein halbes Jahr «reisen» werde. Ja, wenn das «drinliegt»! Aber eines muss man dem «häppi trämper» anerkennen: **der Titel ist hervorragend und aktuell gewählt. Wie im VBS. Und wie im VBS heute noch. Er spricht da aus Erfahrung.**

D. Ex-Pfizer-Cheftoxikologe Sterz klagt an: Spritze hätte nie verabreicht werden dürfen. Er äussert sehr kritische und scharfe Vorwürfe zur Entwicklung, Zulassung und Anwendung der COVID-19-mRNA-Impfstoffe – insbesondere der Pfizer-BioNTech-Präparate. Lesen Sie dazu sein neuestes Buch **«Die Impf Mafia»**.

Wichtige toxikologische Tests bei der Entwicklung der mRNA-COVID-19-Impfstoffe wurden nicht oder nur unzureichend durchgeführt wurden, z. B. Studien zu genereller Giftigkeit, Langzeitwirkung, Mutagenität oder Reproduktionssicherheit. Viele dieser Prüfungen sind «ausgelassen» oder so verkürzt worden, dass sie keine wirklichen Aussagen zulassen. Dieses Vorgehen war «irresponsibel», «unethisch» oder sogar «verbrecherisch». Durch den enormen zeitlichen Druck (z. B. «Operation Warp Speed» wurde die Sicherheit zugunsten schnellerer Zulassung vernachlässigt. **Sterz spricht von einer «Katastrophe» und wirft Herstellern sowie Behörden vor, Regeln bewusst umgangen zu haben. Ebenso verbrecherisch ist es, wenn die Ärzteschaft weiterhin die Pfizer-Giftspritze «empfiehlt».**

D. Die Deutsche Regierung (Zensurdienste) betreiben im Ausland Zensur!!! Das in den USA betriebene soziale Netzwerk **Gab** gerät ins Visier deutscher Behörden. Weil sich CEO Andrew Torba **weigert, Inhalte im Auftrag der dt. Bundesregierung zu löschen**, soll er nun 31.000 Euro zahlen. Doch weder rechtlich noch politisch ist klar, ob dieses Vorgehen Bestand

haben wird. Wo sind wir gelandet, was massen sich die Geheimdienste Deutschland's an?! Wie lange geht es noch, bis sie in der CH zuschlagen und unser Bundesrat in bekannter Manier schweigt und kuschelt!

Gab ist eine US-amerikanische Social-Media-Plattform, die sich stark auf Meinungsfreiheit («free speech») ohne Moderation beruft. Sie wurde 2016 gegründet und ähnelt funktional X/Twitter. Gerade in einer Zeit, als alle anderen Netzwerke in Europa extrem zensiert wurden (Corona-Diktatur), wurde Gab zu einer wichtigen Alternative.

GR: Ein weiterer Skandal bei den «Grischuni's»! Die Amtswillkür und die Korruption im Fall **Adam Quadroni** ist sattem bekannt. Im Mafia-Oblast Engadina herrscht die «Omerta». Das **Betreibungsamt Engiadina Bassa ist handlungsunfähig und wurde vom Bündner Obergericht bevormundet!** Es ist jetzt wünschenswert, wenn nicht zwingend erforderlich, dass die Beamten in Chur die schubladisierten(!) Forderungen von Adam Quadroni an die Öffentliche Hand (hauptsächlich für geleistete Bauarbeiten für Scuol und benachbarte Kommunen) gesamthaft im höheren sechsstelligen Bereich aufgreifen, beurteilen und damit der Gerechtigkeit gegenüber dem geschundenen Whistleblower endlich Schub verleihen! Derartige Machenschaften sind zwingend der Riegel zu schieben und bedarf zudem ungeschminkter Öffentlichkeit! **Wo ist die Aufarbeitung?**

CH. Eine ökonomische Bilanz 11 Jahre nach der Gold-Initiative: Es tut richtig weh! Unglaublich, was wir in den Sand gesetzt haben! Wir bedanken uns für den Beitrag bei unserem Finanz-Experten.

Im November 2014 lehnte die Schweiz die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» deutlich ab. Aus damaliger Sicht war die Entscheidung ein Votum für die geldpolitische Flexibilität der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Blickt man jedoch heute, Anfang 2026, mit der gebotenen Distanz auf die harten Zahlen der vergangenen Dekade, ergibt sich eine bemerkenswerte wirtschaftliche Bilanz. Hätte die SNB die geforderte Goldquote von 20 % umsetzen müssen, wäre ein massiver Ausbau der Goldreserven notwendig gewesen. Ende 2014 hielt die SNB Gold im Wert von ca. CHF 39 Mrd. (bei einer Bilanzsumme von CHF 560 Mrd.). Um die Quote zu erfüllen, hätte die SNB – bei einem damaligen Goldpreis von rund CHF 35'000/kg – zusätzliche 2'000 Tonnen Gold erwerben müssen. **Dies hätte ein Investitionsvolumen von ca. CHF 70 Mrd. bedeutet.** Beim heutigen Goldpreis von rund **CHF 110 000.-/kg (Stand 10. Februar, steigend)** stünde diesem fiktiven Zukauf ein aktueller Marktwert von mind. ca. CHF 220 Mrd. gegenüber. Der daraus resultierende Buchgewinn ist jedoch nur ein Teil der Geschichte. Wir haben noch mehr verpasst:

Dazu kommt zunächst die **Diversifikation**. Da dieses Kapital in physischem Gold gebunden gewesen wäre, hätte es nicht in Fremdwährungsanleihen investiert werden können/müssen. Die SNB hätte somit die massiven Kursverluste auf Euro- und US-Obligationen vermieden, die während der Zinswende 2022/2023 die Bilanz belasteten. In der Summe belaufen sich die Opportunitätskosten – also der **entgangene Gewinn aus Gold-Aufwertung plus vermiedene Anleiheverluste – auf ca. CHF 150 bis 220 Mrd.** Diese Differenz hat direkte Folgen für die öffentliche Hand. Ein durch Goldreserven stabilisiertes Eigenkapitalpolster hätte eine Verstärkung der Ausschüttungen ermöglicht. Bei einer jährlichen Ausschüttung von ca. CHF 3,3 Mrd. hätte die **Bundessteuer um mind. 15% gesenkt werden** können. Corona-Schulden? Fast getilgt. AHV-Finanzierung? Praktisch gesichert. Die Zusatzeinnahmen hätten fiskalischen Spielraum für Steuersenkungen der Kantone im Bereich von 8 % bis 15 % (je nach Kanton und Finanzkraft) geschaffen, was die Standortattraktivität im internationalen Wettbewerb signifikant erhöht hätte.

Und dann sind da noch die Folgeeffekte: **Hard-Money Image**. Zuzug neuer Firmen und finanzstarken Personen. Höhere Steuereinnahmen (CHF 2 bis 4 Mia.) wären die Folge. **Fazit:** Die Gold-Initiative hätte die Schweiz in eine fiskalische Sonderzone verwandelt und hätte jedem Haushalt im Land spürbare finanzielle Erleichterung gebracht. Steuererhöhungen wären praktisch ausgeschlossen. Jeder Haushalt hätte seit 2014 mind. CHF 40-50'000 mehr auf dem Konto. **Die Schweiz hat die «Goldenen Zeiten» verpasst.** Das «Nein» tut richtig weh. Sollen wir noch nach all den «Finanzexperten», Wahrsagern und Kaffesatzproleten fragen, die uns in die Verarmung treiben! Nur die «besten» werden ins Parlament und in die

Regierung gewählt! Vorwärts, Steuerzahler, es geht abwärts. Und am 8. März lautete die Frage zu den Abstimmungen ganz einfach: **«wollt ihr immer noch mehr Steuern zahlen»!?**

CH. Wo ist die Aufarbeitung? Der Impfpapst der Corona-Zeit, Christoph Berger, ist etwas älter und damit «gscheiter» geworden. In der NZZ vom 17. Januar 2026 gibt er zu, dass das Virus weder derart bedrohlich gewesen sein, noch eine Impfung vorhanden gewesen sei, die gewirkt habe. Da müsste doch ein Schrei der Entrüstung durchs Land gehen, das BAG müsste belagert werden und alle Mitverantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Nichts davon. Bemerkenswert ist diese Aussage vor allem deshalb, weil sie **rückblickend relativiert**, was während der Pandemie als Grundlage für weitreichende staatliche Eingriffe diente. Denn damals wurden unter Berufung auf eine ausserordentliche Bedrohungslage massive Massnahmen verfügt: **Lockdowns, Schulschliessungen, Zertifikatsregime, sozialer und gesellschaftlicher Druck bis hin zu faktischen Impfbulatorien**. Dass diese Eingriffe heute selbst von zentralen Akteuren («die WHO-Impfomanen») in ihrer Ausgangslage relativiert werden, wirft **eine grundlegende Frage auf**: Wie verhältnismässig waren diese Massnahmen – und auf welcher wissenschaftlichen Grundlage beruhten sie tatsächlich? Warum gibt es keine Aufarbeitung? Wenn die Impfomanen schon zugeben, dass über weite Strecken alles nutzlos war, waren denn die Giftscherger selber auch geimpft? Wahrscheinlich nicht. Die Hyänen im BAG schon gar nicht. **Zum Teufel mit den Volksbetrügnern!**

CH. Bargeld. Nachdem sich die Verkaufsstellen der RUAG weigern, Bargeld anzunehmen, folgt jetzt die SBB. Es werden div. «Modelle» angewandt, die gegen das Gesetz zu verstossen (BG über Währung und Zahlungsmittel, Ordnungsnummer 941.10))

- Parkgebühren kann nur noch mit Plasticgeld bezahlt werden
- An zahlreichen Bahnhöfen kann man nur noch mit Debitkarte ein Billett lösen
- Sogar auf's Klo kann man nur noch mit «la cartolina» und bezahlt Fr. 1.- per Karte. Echt beschissen, wenn es eilt...
- An vielen Bahnhöfen kann man selbst am Schalter nur noch mit Karte bezahlen.

Es **besteht Annahmepflicht für Bargeld**. Auch im Laden um die Ecke. Und wenn die Staatsnachahmer nicht wollen, gibt es nur eines: den Einkaufswagen prall füllen und dann stehen lassen. **Widerstand ist angesagt**. Bei der Bahn gibt es nur eines: im Falle einer Kontrolle aufs Gesetz verweisen, keinen Ausweis zeigen, nichts bezahlen und vor allem den Kontrolleuren beibringen **«ich Ukrainski»**. Da geschieht gar nichts.

CH. Wir werden uns die Namen notieren. Das Zürcher Verwaltungsgericht wollte einen Kosovaren, der einen orthodoxen Juden bereits 2012 angegriffen, des Landes verweisen. Doch das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen gewährte ihm 2019 aus gesundheitlichen Gründen eine **vorläufige Aufnahme** – trotz ausgeprägter krimineller Energie und erhöhter Rückfallgefahr. Diese bleibt weiter bestehen! Grund: weil die Richter eine Rückkehr in den Kosovo aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung für seine schwere psychische Erkrankung vor Ort als unzumutbar erachteten. Man merke sich: Krankheit vorjammern und schon werden die «Richter» am Volksgerichtshof weich. Und das sind die verantwortlichen «Richter»: **Richter Walter Lang (Vorsitz) – parteilos, Richterin Esther Marti – GLP, Richter Daniele Cattaneo – FDP**. Gemäss Quellen des «Nebelspalters» waren Walter Lang und Esther Marti massgeblich für das Urteil verantwortlich: Lang unterlag die Führung des Prozesses, während Marti immer weitere Abklärungen einforderte, bis schliesslich ein Grund für die Aufhebung der Wegweisung gefunden wurde.

CH. Entgegen den widerlichen Meldungen der organisierten Staatspresse, war der Aufmarsch von MASSVOLL! in St. Gallen ein voller Erfolg! Die Organisation sucht für die weiteren Demonstrationen Hellebarden, Trommeln und Pauken. Wenn Sie das haben und verschenken wollen: Mail an den Schreiberker senden. Vielen Dank.

CH. Bekanntlich gab es beim E-Voting (tönt gut!) in Basel eine Panne. Warum Wahlen oder Abstimmungen elektronisch sein müssen, ist absolut rätselhaft. Es wird kaum zu einer höheren Stimm- und Wahlbeteiligung führen. Mit derartigen Problemen kann sich wirklich nur der dekadente Westen herumschlagen. Und hier die Ergänzung **der Bundeskanzlei in «Amtsprosa**»: «Die Bundeskanzlei begrüsst den Entscheid des Kantons Basel-Stadt, extern untersuchen zu lassen, warum *seine* elektronische Urne bei der Abstimmung vom Sonntag,

den 8. März 2026, nicht entschlüsselt werden konnte». Und weiter: «Derzeit liegen keine konkreten Hinweise vor, die weiteren Versuche mit E-Voting in Frage stellen würden». Aha, die wissen das schon 48 Stunden nach der Abstimmung! Geldverschwendung pur, gegen jede Vernunft. Aber wo soll denn die Vernunft Platz finden, wenn schon für die NI (natürliche Intelligenz) weder Raum noch Zeit vorhanden ist?!

Jetzt wird es richtig spannend! Am 1. März hat Nicole Althaus in der NZZ(!) einen Bericht aus der realen Welt auf über zwei Seiten dargelegt. Es geht um das Thema **«Warum wir immer weniger Sex haben»**. Es ist zu diesem Thema eine Arbeit von Debra Juliane Burghardt im Hirzel Verlag 2024 erschienen. Das Thema ist brandaktuell und kann/muss in **Relation zur Demografischen Entwicklung** gesehen werden. Zuerst einige Forschungsergebnisse, denen man Glauben schenken kann. Die Erkenntnisse sind:

- **Junge Männer und Frauen Anfang zwanzig** haben heute zweieinhalbmal weniger Sex als ihre Eltern im gleichen Alter; 15% geben an, noch gar keinen Sex gehabt zu haben
- Am stärksten hat jene Gruppe Männer unter 30 zugenommen, die im Vorjahr **gar keinen Sex gehabt** haben. Die Summe hat sich in den letzten 25 Jahren verdreifacht und beträgt heute (sage und schreibe) **28%!**
- Besonders grassierend ist die **Unlust bei den Franzosen**: 24% der 18-64-Jährigen gaben an, 2024 gar keinen Sex gehabt zu haben. Bei den Briten dasselbe (inaktive) Bild...
- Ins gleiche Horn bläst Forschungsinstitut Sotomo, das in Umfragen herausgefunden hat, dass die Schweizer max. 2 Mal im Monat Sex haben. Nicht besonders glamourös...

Jetzt stellt sich die Frage nach den Gründen oder warum diese Trägheit herrscht. Auf den ersten Blick könnte man das mit «elektronische Medien», Ablenkung oder schlicht mit der Aussage «es ist mir zu anstrengend» begründen. Genau 1 Woche später tritt **Prof. Dr. Nicolas Diehm, Professor für Angiologie und Arzt in der Klinik Hirslanden Aarau**, auf die wissenschaftliche Bühne zu diesem Thema und liefert knallharte Fakten. Was wir schon lange sagen (alles Originalzitate!):

- Die Linke kiffte sich ins Abseits; Linke konsumieren deutlich mehr Cannabis als Bürgerliche
- Cannabis ist schädlich für Fruchtbarkeit und Reproduktion
- Der Stoff führt zu einer Senkung des Testosteronspiegels (siehe oben «Waisch, kai Luscht»)
- Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen Cannabis-Konsum und der Entstehung von Psychosen, Angststörungen, Depressionen, **Antriebslosigkeit** (siehe oben, «es ist mir zu anstrengend», «schaue lieber Film auf Netflix»)

Während der Corona-Plandemie herrschte teilweise de facto Impfpflicht und die Linken setzten alles daran, die Impferei durchzusetzen. Und jetzt Achtung, der Herr Professor hat echt Mut, **«bei Corona verlangte die Linke eine starke Staatshand»**, bei Cannabis gilt Eigenverantwortung. Die Selbstbestimmung gilt aber nur, wenn sie ins eigene Weltbild passt. Der gesundheitliche und gesellschaftliche Einfluss wird systematisch unterschätzt! Letzte Aussage; am Ende könnte aus bürgerlicher Sicht Cannabis ein sedierter, aber stiller Beitrag zur politischen Landschaftspflege sein.

CH. Am 25.02.2026 hat der **BR den schwerverletzten Brandopfern und ihren Angehörigen von Crans Montana einen einmaligen Solidaritätsbeitrag von je Fr. 50 000.- zugesprochen**. Weiter will der BR aussergerichtliche Lösungen anstreben. Geregelt in einem dringlichen Bundesgesetz. Damit sind jahrelange Gerichtsverfahren vom Tisch. **Ebenso die Schuldfrage! Und von Präjudiz spricht auch niemand.**

CH. Und es sagte... im Oktober 2025 sagte Colonel Gauchat, für die Dauer des Einsatzes zum 2-Sterne-General befördert: **« Je crois encore à la paix au Proche-Orient, sinon je ne ferais pas ce métier.»** Patrick Gauchat, chef de l'Organisme des Nations Unies chargé de la surveillance de la trêve au Proche-Orient. **Und jetzt zu den off. Amtslobpreisungen:**

Divisionär Patrick Gauchat, Chef der UNO-Friedensmission UNTSO, beendet Ende Februar 2026 seinen Einsatz. Während seiner Amtszeit leitete er die erste Friedensmission der UNO in einer sicherheitspolitisch anspruchsvollen Phase, geprägt von erheblichen Spannungen und einer volatilen Lage im Nahen Osten. Mit seiner Führung, seiner Erfahrung und seinem diplomatischen Geschick leistete er einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Deeskalation in der Region. Am

28. Februar 2026, also kaum 5 Monate seit seiner Aussage, begann der jüngste Tag. Wohlan, der Nachrichtendienst funktioniert – in der CH...

Endlich kapieren das auch die Alpenbewohner.



Am 20.4. ist der Welt Kiffertag. Jeglicher Zusammenhang mit dem erstgenannten Tag wäre rein zufällig. Aber bei der weltweit grassierenden Dummheit und Verblödung, muss wohl ein hoher Anteil bekifft sein. Womit wir nicht gesagt haben, in welchen Kreisen.

Am 13. März war World Sleep Day! Der Welschlaftag. Aber das muss bestimmt ein Irrtum gewesen sein! Denn in Bern ist das ganze Jahr Schlaftag.

D. Der Erzbischof von Berlin sucht verzweifelt Kirchenräte. Sie dürfen alles sein, aber nicht Mitglied der AfD.

CH. Für was es Geld gibt im Land des dekadenten Wohlstandes! Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat die Mitglieder des ersten Rates für Armutsfragen in der Schweiz bekanntgegeben und den Rat «konstituiert». Nur schon die Gründung eines derartigen Rates ist bezeichnend für den Zustand des Landes. **Da werden also Milliarden in die nutzlose Entwicklungshilfe gepumpt oder Milliarden in die Kriegerverlängerung der Ukraine.** Da ist es nicht verwunderlich, dass die Mitglieder des Rates aufgrund der verschwenderischen Dekadenz die Welt nicht mehr verstehen. Immerhin handelt es sich bei den Mitgliedern überwiegend um Menschen mit **Armutserfahrung**. Der Rat hat die Aufgabe, die politische Teilhabe von armutserfahrenen Menschen zu stärken und innovative Lösungen zur Prävention und Bekämpfung von Armut zu fördern.

CH. Es muss endlich Schluss sein mit der Schikanierung und Sanktionen gegen Einzelpersonen. Ein nicht-staatliches Gebilde bzw. ein Unterdrückungsapparat wie die EU, hat keinerlei Recht dazu. Auch in der CH mehren sich die Zeichen und Fälle:

- Die strenger Massnahmen gegen unerwünschte Personen und die Zensurierung derselben (Baud, Bosshard, Rusch usw.) bis zu deren Ausschaltung oder Entlassung
- Schaffung einer nationalen Desinformationsagentur in Zusammenarbeit Nachrichtendienst, Staatsschutz und PSP
- Der Informationskrieg gegen Russland ohne jegliche Beweise
- Das Schaffen einer umfassenden Arbeitsgruppe gegen angebliche «Desinformation», die unerwünschte Meinungen durch sog. «reaktive Massnahmen» unterbinden soll. Also der Einsatz der Stasi
- Das staatliche Verbreiten von Lügen und Manipulieren von Meinungen, wie zum Beispiel das Narrativ von hybriden Angriffen, Drohnenüberflügen usw. ohne jegliche Beweise
- Der Einsatz von Staatsmedien und deren Adlaten, allen voran die NZZ mit Häsler, die eine Angriffsbedrohung der CH pausenlos herbeireden

Bevormundung, Irreleitung und Belügen des Volkes war schon immer in den Lehrbüchern von Diktaturen.

**Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker,
Informations- und Nachrichtenbüro Ha5040 - Der nächste Wochenbericht: KW 13**